

## Antrag A2: Vielfalt der Familien stärken – Soziale Familienpolitik für alle Generationen

<b>Antragsteller*in:</b>	Cordula Eger, Isabel Kreke, Ute Lukasch, LAG Seniorenpolitik	
<b>Status:</b>	angenommen	
<b>Antragsblock:</b>	Allgemein	
<b>Abstimmung</b>	Ja:	Mehrheit
	Nein:	0
	Enthaltung:	0

Der Landesverband DIE LINKE Thüringen sieht folgende Schwerpunkte für die familienpolitische Entwicklung in Thüringen als notwendig und fordert alle Verantwortlichen auf, die Umsetzung dieser Ziele und Maßnahmen aktiv zu unterstützen:

- Es muss die überregionale und regionale Familienförderung fortgeführt und weiterentwickelt werden. Hierbei soll insbesondere das Landesprogramm „Solidarisches Zusammenleben der Generationen“ mit den Evaluierungsergebnissen gesichert und ausgebaut und der Landesfamilienförderplan optimiert werden;
- Maßnahmen und Angebote, die den generationsübergreifenden Austausch stärken, wie Thüringer Eltern-Kind-Zentren (ThEKiZ), Nachbarschaftsläden, Mehrgenerationenhäuser oder auch Projekte für z. B. gemeinsames Lernen sollen gefördert werden;
- Eine Verstetigung von Familienbildung und –erholung, damit sie ein fester Bestandteil der Thüringer Familienpolitik bleibt und somit vor allem die Teilhabe von Familien mit besonderem Unterstützungsbedarf und niedrigem Einkommen gestärkt wird;
- Die Verhinderung von Altersarmut mithilfe der Stärkung und Fortsetzung von familienpolitischen Maßnahmen und Arbeitsmarktprogrammen, die Armut bekämpfen;
- Die Weiterentwicklung der sozialen Infrastruktur im Freistaat:
  - Im Bereich Mobilität bedarf das Angebot des ÖPNV besonders in den ländlichen Regionen eines Ausbaus, darüber hinaus soll durch die Einführung eines Sozialtickets zur Vergünstigung des ÖPNV die generationsübergreifende Teilhabe in Thüringen gefördert werden;
  - Im Bereich soziales Miteinander müssen Maßnahmen und Projekte, die den generationsübergreifenden Austausch aktiv fördern, gestärkt werden;
  - Im Bereich Beratungs- und Unterstützungsangebote sollen niedrigschwellige Beratungsangebote für Familien und besonders auch Alleinerziehende beibehalten und flächendeckend ausgebaut werden;
  - Im Bereich Wohnen muss der barrierefreie und altersgerechte Wohnungsbau gefördert und Wohnungslosigkeit mithilfe eines Thüringer Aktionsplans vermieden und abgewendet werden;
- Die Erstellung eines Generationenberichtes (in Fortführung der Familien- und Seniorenberichte) mit Ausblick auf mögliche Handlungsmaßnahmen für die Unterstützung von Familien muss auf den Weg gebracht werden;
- Die Bereitstellung von inklusiven, niedrigschwelligen (und kostenfreien) Freizeitangeboten für Familien soll gestärkt werden. Hierzu zählen zum Beispiel Wasserspielplätze oder generationsübergreifende Spielplätze;
- Eine flächendeckende Gesundheitsversorgung muss mithilfe von alternativen Angeboten, wie z. B. dem Konzept der Gesundheitskioske, gestärkt und sichergestellt werden;
- Die Thüringer Bildungslandschaft gilt es so zu strukturieren, dass für alle Generationen das lebenslange

Lernen möglich ist. Darüber hinaus müssen Ganztagschulen weiter ausgebaut werden, um Bildungschancen für alle Kinder und Jugendlichen zu verbessern, individuelle Förderung zu ermöglichen und für Eltern eine bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familie zu schaffen. Wir brauchen gute Schulen für alle, die vor Ort für unsere Kinder Lern- und Lebensort sind.

- Die Stärkung von Inklusion von Menschen mit Behinderung oder Migrationshintergrund in die soziale Gemeinschaft in Thüringen
- Barriere-Reduzierung sowohl in den Innenstädten, im Verkehrswesen, als auch insbesondere im Wohnungsbau. Die Ermöglichung durchgehend inklusiver Zugänge zu gesellschaftlichen und politischen Entscheidungsprozessen für alle.

Um dies umsetzen zu können, bedarf es der Stärkung der Mitwirkungs- und Beteiligungsrechte aller Generationen und für Familien. Dies erfordert folgende Einzelmaßnahmen:

- Die Stärkung des Einflusses von Kinder- und Jugendbeteiligungsgremien (Kinder- und Jugendparlamente, -beiräte, -foren, etc.) in allen politischen Ebenen und bei allen die junge Generation betreffenden Anliegen sowie die Schaffung verpflichtender diesbezüglicher Regularien.
- Die Stärkung niedrighwelliger, von lokalen politischen Stimmungen unabhängiger Förderprogramme für selbstorganisierte Kinder- und Jugendbeteiligung.
- Die Erhebung kommunaler Kinder- und Jugendbeteiligung in einen Gesetzesrang, analog zum Seniorenmitwirkungsgesetz,
- Die Unterstützung der Einstellung hauptamtlicher Beauftragter in den Kommunen, die sich mit den Belangen von Kindern, Jugendlichen, Familien, Senior\*innen befassen und deren vollumfängliche Beteiligung organisatorisch unterstützen.
- Betreuungs- und Unterstützungsangebote für Eltern, die sich ehrenamtlich in kommunalen Parlamenten, Gremien und Vereinen engagieren
- Die Stärkung der Einbeziehung von Seniorenbeauftragten und -beiräten in kommunalen Gremien
- Für junge Familien und mittlere Generationen bedarf es:
  - Der Förderung von Maßnahmen für eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf, wie z. B. alternative Arbeitszeitmodelle;
  - Der Einführung des dritten beitragsfreien Kindergartenjahres;
  - Des Ausbaus der Thüringer Eltern-Kind-Zentren (TheKiZ);
  - Der Schaffung besserer Rahmenbedingungen für pflegende Angehörige, um diese zu entlasten.
- Für Senior\*innen bedarf es:
  - Der Fortführung des Landesprogrammes AGATHE und die Planung und Durchführung einer Öffentlichkeitskampagne, mit dem Ziel, die Bekanntheit und den Ausbau von AGATHE in weiteren Landkreisen und kreisfreien Städten zu fördern;
  - Der Sicherstellung und den Ausbau der Förderung von ehrenamtlichen Seniorenbeiräten und –beauftragten sowie der regionalen Seniorenbüros als Anlaufstelle bei Fragen und für Unterstützung;
  - Der Umwandlung des Thüringer Seniorenmitwirkungsgesetz in ein Thüringer Seniorenmitbestimmungsgesetz;
  - Einer auskömmlichen Förderung des Landesseniorenrates Thüringen;
  - Der Erarbeitung eines Generationenberichtes mit Handlungsempfehlungen zur aktuellen Beteiligung und Teilhabe von Menschen im Alter 65 plus in den Bereichen Ehrenamt, Kultur, Freizeit/Tourismus und Politik;

- Der Herstellung von guten Rahmenbedingungen für die Pflegenden und zu Pflegenden in der stationären als auch ambulanten Pflege;
- Eine Pflegestruktur/Landespflegeplanung im Freistaat anpassungsfähig mit den unterschiedlichen Lebens- und Familienmodellen;
- Den Einsatz von wissenschaftlichen Ansätzen aus unterschiedlichen Fachbereichen bei der Planung von Maßnahmen und Angeboten für Menschen im Alter 65 plus zu fördern, um möglichst alle Belange miteinzubeziehen und Barrieren abzubauen;